

Amtliches Kreis-Blatt



für den Unterlahn-Kreis.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreis Ausschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preis der Anzeigen:
Die einseitige Seite oder deren Raum 20 Pf.,
Reklamezeile 10 Pf.

Ausgabestellen:
In Diez: Rosenstraße 36.
In Bad Ems: Römerstraße 95.

Druck und Verlag von S. Chr. Sommer,
Diez und Bad Ems.
Verantw. f. d. Schriftl. Mich. Hein, Bad Ems

Nr. 51

Diez, Freitag den 1. März 1918

58. Jahrgang

Amtlicher Teil

Kriegsministerium.

Nachtragsbekanntmachung

Nr. W. M. 90/12. 17. R. R. A.

zu der Bekanntmachung Nr. W. M. 1300/12.
15. R. R. A. vom 1. Februar 1916, betreffend
Beschlagnahme und Bestandshebung von Be-
kleidungs- und Ausrüstungsstücken für Heer,
Marine und Feldpost.

Vom 1. März 1918.

Nachstehende Bekanntmachung wird auf Ersuchen des
Königlichen Kriegsministeriums hiermit zur allgemeinen
Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß jede Zuwider-
handlung gegen die Beschlagnahmenvorschriften nach § 6 der
Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf in
der Fassung vom 26. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 376*)
und 17. Januar 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 37) und jede Zu-
widerhandlung gegen die Meldepflicht gemäß § 5** der
Bekanntmachung über Auskunftspflicht vom 12. Juli 1917
(Reichs-Gesetzbl. S. 604) bestraft wird. Auch kann der Be-
trieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung zur
Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom
23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603) unterstellt
werden.

*) Mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe
bis zu 10 000 Mark wird, sofern nicht nach den allgemeinen
Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt sind, bestraft

1.
2. wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beseitigt,
beschädigt oder zerstört, verwendet, verkauft oder
kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft
über ihn abschließt;
3. wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände
zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhan-
delt;

4. wer den erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwider-
handelt.

**) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser
Bekanntmachung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist
erteilt oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben
macht, oder wer vorsätzlich die Einsicht in die Geschäftsbriefe
oder Geschäftsbücher oder die Besichtigung oder Untersuchung
der Betriebseinrichtungen oder Räume verweigert, oder wer
vorsätzlich die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder
zu führen unterläßt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Mona-
ten und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer
dieser Strafen bestraft; auch Unruhen Vorräte, die verschwiegen
worden sind, im Urteile als dem Staate verfallen erklärt
werden, ohne Unterschied, ob sie dem Auskunftspflichtigen ge-
hören oder nicht.

Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser
Bekanntmachung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist
erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, oder
wer fahrlässig die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten
oder zu führen unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 3000
Mark bestraft.

Artikel I.

In § 2 der Bekanntmachung Nr. W. M. 1300/12. 15. R.
R. A. wird hinzugesetzt:

9. Handsäcke, Handschüler und alle aus Web-, Wirk-,
Strick-, Filz- und Seilerwaren hergestellten Gegenstände,
welche zum Schutz der Hände bei Betriebsarbeiten in
Frage kommen können (auch Anfaßlappen).

Artikel II.

Die erste der gemäß § 11 der Bekanntmachung Nr.
W. M. 1300/12. 15. R. R. A. erforderlichen Meldungen
über die in Artikel I bezeichneten Gegenstände ist bis zum
15. März 1918 zu erstatten. Für sie ist der am Beginn des
1. März 1918 tatsächlich vorhandene Bestand maßgebend.

Artikel III.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 1. März 1918
in Kraft

Frankfurt (Main), den 1. März 1918.

Stellv. Generalkommando XVIII. Armekorps.

Coblenz, den 1. März 1918.

Kommandantur der Festung
Coblenz-Chrenbreitstein.

R. N. 412/2. 18.

Betr. Brenn- und Holzverkauf.

Wiederholt sind die Gemeinden darauf hingewiesen worden, bei allen Holz- und Brennholzabgaben und -verkäufen vorzugsweise den Bedarf der umwohnenden Bevölkerung und des kleineren Handwerks in erster Linie zu berücksichtigen und die Beteiligung von Händlern einzuschränken oder ganz auszuschalten. Daß hierbei in erster Linie die heimkehrenden Kriegsteilnehmer ganz besonders wohlwollend zu berücksichtigen sind, darauf ist ebenfalls hingewiesen worden.

Ich erjuche die Herren Bürgermeister, mit allem Nachdruck für die Befolgung dieser Anordnung einzutreten.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.

J. S.

Schön. Kreisbedufter.

1897.

Diez, den 26. Februar 1918.

Die Magistrate Diez, Roflau, Bad Ems und die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Ich erinnere an meine Kreisblattbekanntmachung vom 2. Februar 1918, betr. Bearbeitung von Angelegenheiten, die die vermischten und unbekanntten Leichen betreffen, und sehe bis spätestens zum 5. März d. Js. entsprechende Bedarfsanmeldung über die benötigten Vordrucke A entgegen.

Der Königl. Landrat.

J. S.

Bimmermann.

Achtamtlicher Teil**Deutscher Reichstag.**

Sitzung vom 26. Februar.

(Schluß.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Was jetzt aus Rußland geworden ist, entspricht nicht der Absicht der deutschen Sozialdemokratie. Wir kämpfen zur Verteidigung unseres Vaterlandes, aber nicht um die Zerstückelung Rußlands. Die Politik, die Rußland gegenüber getrieben wird, ist nicht unsere Politik. Das deutsche Volk will keinen Landserwerb. Wird der Frieden kein wahrer Frieden, dann haben wir die Revolution. Man höre mit dem törichtesten Gerede auf, der Streik sei mit ausländischem Gelde gemacht worden. Eine schamlose Lüge ist es, daß dem Streik landesverräterische Absichten zugrunde gelegen hätten. Auch Mitglieder der gelben und anderer Gewerkschaften haben mitgestreikt. Staatssekretär Wallraf, das Erbstück aus der Ära Michaelis, hätte drei bis vier Tage Streik und Hunderten braven Arbeitern langjähriges Buzklaus erspart, hätte er die Arbeiter empfangen. Die Zensur ist mitschuldig an dem Ausbruch des Streiks. Der Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen darf nicht locker gelassen werden. Wir freuen uns des Programms des Herrn von Bader. Das deutsche Volk steht hinter ihm. Wir vertrauen darauf, daß das deutsche Volk freier und reifer aus diesem ungeheuren Ringen hervorgehen wird. Wir verfolgen unser Ziel in dem Bewußtsein: Die Zukunft gehört der Demokratie, den Arbeitern und der Sozialdemokratie. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Wallraf teilt die Gründe dafür mit, daß der Ursprung des Streiks dem Ausland zu suchen ist, und fährt fort: Der alten sozialistischen Partei gereicht es zum Verdienst, daß sie sich ursprünglich dem Treiben ferngehalten hat. Die Erklärung, der Streik sei vom Ausland heringebracht, ist noch die beste Entschuldigung. Ich bleibe dabei, daß der Bolschewismus auf dem Wege über Oesterreich-Ungarn in Deutschland die Grundlagen des Staates unterwühlen wollte. Als in Amerika sich eine ähnliche Bewegung zeigte, ließ Präsident Wilson das ganze Aktions-

komitee verhaften. (Hört! Hört!) Die Arbeiterforderungen wurden als Mindestforderungen bezeichnet. Ich war gern bereit, die Abgeordneten zu empfangen, nicht aber die Streikenden, weil es sich um hochpolitische Forderungen handelte. In wirtschaftlichen Fragen habe ich schon oft mit Arbeitern verhandelt. Hier lag die Sache aber anders. Hier sollte ein Druck ausgeübt werden. Im Ostsee kommt der Frieden, im Westen stehen unsere Truppen unerschüttert. Wir sind nahe dem Ziele, deshalb müssen wir eng zusammenstehen. Deutschland ist die Wiege der Sozialpolitik, es wird auch den neuen Gedanken Gestalt geben und sie nach deutscher Art kritisch zur Lösung bringen. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Seydebrand (Kon.): Wir sind mit den Ausführungen des Staatssekretärs durchaus einverstanden. Nichts anderes als einfacher Landesverrat hat den Streik angestiftet. Er war beeinflusst von ausländischen Agenten und getragen von dem Einfluß der deutschen Sozialdemokratie. (Rufe: Unsin! — Der Abg. Ledebour wird wegen dieses Rufes zur Ordnung gerufen.) Die Mitteilungen des Reichskanzlers über die Friedensausichten mit Rußland werden uns allen ein tiefes Aufatmen gebracht haben. Wir werden von einem Druck befreit, den nur wenige voll empfunden haben. Mit den Friedensbedingungen sind wir einverstanden. (Rufe links: Das glauben wir!) England wird nur weichen, wenn es sich einer unbedingten Macht gegenüber überzieht. Das wird unser Heer und unsere Flotte schon besorgen. (Bravo!) Zu dem Programm des Vizekanzlers brauche ich mich nicht zu äußern. Es entspricht dem des Reichskanzlers. Seine Ausführungen haben aber das Vertrauen zwischen Volksvertretung und Regierung nicht gestärkt. Es war eine parteipolitische Rede voller Einseitigkeit, so daß man den Nachteil des parlamentarischen Systems daran erkennen konnte. Das preußische Wahlrecht ist eine preußische Angelegenheit. Die Württemberger, Bayern und Badenser würden sich eine Einmischung auch verbitten. Unsere Kriegsziele liegen im Interesse des Reiches. Wie kann man uns auf eine Stufe stellen mit den unabhängigen Sozialisten (Abg. Ledebour: Ist eine Ehre für Sie!) und mit Streikenden. So etwas muß die Gemüter erhigen. Wir wollen die Kriegslast ruhig tragen bis zum Frieden, der den Opfern wert ist. (Lebhafter Beifall.)

Reichskanzler Graf Hertling: Ich gehe auf den persönlichen Ton am Schlusse der Rede des Abg. Seydebrand ein. Die Stimmung am Schlusse der gestrigen Rede des Vizekanzlers war nicht vollkommen berechtigt. Wenn Sie die Rede nochmals genauer befehen, so werden Sie finden, daß sie nicht richtig bei der Unruhe im Hause verstanden worden ist. Er hat zwischen den Streikenden und Ihnen (nach rechts) einen Strich gezogen und für das preußische Wahlrecht keineswegs die Kompetenz des Reichstags beansprucht. Wir wollen nichts anderes, als eine Politik führen, die uns Deutsche einheitlich zusammenhält. Bitte, helfen Sie auf allen Seiten dazu. (Beifall.) Begraben wir, was hinter uns liegt, damit wir einheitlich beieinander stehen. (Bewegung und lebhafter Beifall.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Sitzung vom 27. Februar 1918.

Am Bundesrattisch: v. Bayer, Dr. Solf, Wallraf, Scheuch.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 11,15 Uhr. Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Henke (Unabh. Soz.) wird nicht erteilt.

Die erste Lesung des Haushaltsvoranschlags wird fortgesetzt.

Abg. Wiemer (Vpt.): Die Regierungspolitik stützt sich auf die Mehrheit des Reichstags. Dies ist zum erstenmal der Fall. Das Zusammenarbeiten von Regierung und Parlament erfolgt auf Grund eines einheitlichen Planes. Hoffentlich kommt es jetzt zum Frieden von der Ostsee bis zum Schwarz-

zen Meer. Mit den Friedensbedingungen können wir uns einverstanden erklären, vorbehaltlich der Nachprüfung des Friedensvertrages. Auch wir legen das größte Gewicht auf die Wiederherstellung guter, dauernder Beziehungen zu Rußland. Wir teilen aber nicht die Auffassung des Herrn Scheidemann, daß dieses Ziel erreicht werden kann auf Grund der Erfüllung der Forderungen der Bolschewiki-Regierung. Dazu wird der Friedensvertrag führen. Behalten wollen wir Belgien nicht, es darf aber nicht der Tummelplatz feindlicher Mächtschaften sein. Ein Gegensatz zwischen dem Kanzler und dem Vizekanzler ist nicht zu konstruieren. Die Vaterlandspartei hat Zwietschkeit und Mißtrauen geübt. (Unruhe rechts. Sehr richtig! Links.) Die Zeiten sind offenbar vorbei, wo die Regierung alles hinnahm, was von den Konservativen kam. Man kann im Zweifel sein, ob von der äußersten Rechten oder der äußersten Linken mehr gesündigt wird. (Rufe rechts: Unerhört! Großer anhaltender Lärm rechts. Bravo! links. Glocke des Präsidenten. Vizepräsident Dr. Paasche: Vermeiden Sie, die Gegensätze zu verschärfen.) Abg. Wiemer fortfahrend: Das Spiel des Herrn Oldenburg mit dem Gedanken des Bürgerkriegs ist hodenlos leichtfertig. Einem solchen Handeln mußte der Vizekanzler entgegenreten. Er trat nicht als Bürokrat, sondern als Vertreter unserer politischen Anschauungen in sein Amt ein. Wir freuen uns des neuen Kursus und erhoffen von ihm die besten Erfolge. Bei der kommenden Finanzreform muß der Steuerpartikularismus der Einzelstaaten zugunsten des Reiches zurücktreten. Die Frage des Handwerks muß, wenn sie auch noch so schwer ist, gelöst werden. Aus der Zwangsjacke der Kriegswirtschaft müssen wir schleunigst herauskommen. Der Streik hat schädigend gewirkt, weniger auf die Munitionserzeugung als dadurch, daß die Feinde wieder auf unseren Zerfall hoffen. Wir verurteilen den Streik zur Erreichung politischer Ziele, zumal auch Arbeiter in die Bewegung hineingezogen wurden, die ihn ablehnten. Bezüglich Elsass-Lothringens hoffen wir, daß dieses Land bald zur Autonomie kommen wird. Weiter hoffen wir, daß wir bald zum Frieden kommen werden, auch mit jenen Ländern, die uns noch feindlich gegenüberstehen. (Bewegung links.)

Abg. Stresemann (natl.): Wir kommen jetzt zum Frieden mit unserem wichtigsten Feind. Wir sind uns der Größe dessen bewußt, was wir erreicht haben und was die Geschichte dereinst von diesem Krieg berichten wird. (Sehr richtig!) Es wäre schon ein Großes, wenn wir den Feind bloß von unserem Land ferngehalten hätten. Darüber hinaus aber haben wir Gewaltiges erreicht. Die Wettermärche in Rußland sind beflügelt von dem edlen Retterwerk. (Bravo!) Auch angesichts der Taten S. M. S. Wolf können wir sagen, den deutschen Soldaten macht uns niemand nach. (Lebhafte Beifall.) Zur Verhinderung der Wiederkehr anarchistischer Zustände müssen unsere Truppen noch geraume Zeit in den befreiten Ländern bleiben. In Oesterreich bestanden bei Beginn unseres Vormarsches wohl uns entgegengesetzte Gefühle. Unser Vorgehen sichert doch erst dem Grafen Czernin den Brotsfrieden. Wie können die Oesterreicher uns deshalb hassen. (Sehr gut!) Im Interesse Belgiens ein neues Friedensangebot zu machen, würde vom Nebel sein. (Sehr richtig!) Die belgische Frage darf nicht aus dem Komplex der Westfragen herausgerissen werden. Belgien ist uns ein außerordentlich wertvolles Faustpfand. Das Herausgreifen der polnischen Frage aus dem Komplex der Ostfragen reizt gerade nicht zur Nachahmung im Westen. Dem König Carol von Rumänien haben wir noch im Tod zu danken, daß er mit Peter Carp uns die Treue gehalten hat. (Lebhafte Beifall.) Sein Nachfolger verdient keine Rücksicht. Liegt ein Grund vor, bei den Rumänien von einer Kriegsschädigung abzusehen? Nein! Bei uns wird es im Volk nicht verstanden werden, wenn bei dieser Gelegenheit unsere Lasten nicht möglichst erleichtert werden, namentlich Rumänien gegenüber, das uns in den Rücken gefallen ist. Wir haben die Freiheit der Entschlebung denen gegenüber,

die unser Friedensangebot abgelehnt haben. Es brauchen ja keine Vergabungen zu sein. Die ethischen Ziele, mit denen England in den Krieg eingetreten ist, sind nach den Worten des Generals Smuts die Vernichtung unseres kolonialen Besitzes. Mit geringer Besatzung haben wir drei Jahre unzerstörten Besitz gewahrt. Unsere Feinde halten ihren Eroberungsplan nach wie vor aufrecht. Die Westfeinde sollten aus dem Osten lernen. Ein großer Unterschied liegt zwischen dem ersten Friedensvertrag von Prest-Williams und dem jetzigen Ultimatum. (Sehr gut!) Der tragische Tod des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz gibt die Möglichkeit, daß der russische General Herzog Karl Michael, der gegen Deutschland gekämpft hat (Hört, hört!), die Thronfolge erhält. Das muß durch Reichsgesetz verhindert werden. Die Politik des Herrn v. Payer können wir grundsätzlich annehmen. Im Arbeitskammergebiet ist auch die Schaffung von Angestelltenkammern festgelegt worden. Was ist geschehen zur Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens und der Einbeziehung der Wasserstraßen? Es ist nicht richtig, daß die preussische Wahlrechtsfrage eine rein preussische Angelegenheit ist. Scheitert das gleiche Wahlrecht, so wird die Demokratisierung nur noch radikalere. Das Schicksal des Mittel-Landkanals, dessen Fehlen uns im Weltkrieg sehr fühlbar geworden ist, beweist, daß für die Regierung auch von einer konservativen Mehrheit nicht immer die Aufgaben erleichtert werden. Die nationalliberale Reichstagsfraktion steht beinahe einmütig auf Seite des gleichen Wahlrechts. Im Streik ist nicht ein Zeichen für die Unruhe des deutschen Volkes zu erblicken. Der Streik war freiwillig. Wir sind erfreut über die Ausführungen des Reichskanzlers von gestern. Parteifreitigkeiten sind zurückzustellen, bis dem Reich der Friede wiedergegeben ist. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Dr. Solz: Die Rede des Generals Smuts war nicht die Rede eines Privatmannes. Er ist Mitglied des Kriegskabinetts und auch in Versailles gewesen. Niemals hat es in unserem Volk Unklarheit darüber gegeben, daß wir unsere Kolonien wiederhaben wollen. Die Kolonialfrage ist für uns kein Luftschloß, sondern eine Lebensfrage. Genau so wie Lloyd George Deutschland als Kontinentalmacht und Carson es als Industriemacht vernichten wollen, so will Smuts Deutschland als Kolonialmacht vernichten. Smuts sagte daher Klipp und Klar, dies sei notwendig zur Sicherung des britischen Weltreichs. Das ist der kräftigste imperialistische Machtstandpunkt. Seine Offenheit begrüße ich. Tatsächlich steht der ehemalige Buren-general doch die Unhaltbarkeit seines Standpunkts ein und führt deshalb merkwürdige Argumente gegen die angebliche deutsche Militarisierung Afrikas an. Unsere Schutztruppen waren nicht dazu eingeachtet, gegen eine Großmacht standzuhalten. England sucht uns zu schädigen, wo es nur möglich ist, während wir die Würde der weißen Rasse wahren wollen. Wenn es unseren ostafrikanischen Kriegern gelungen ist, so lange standzuhalten und jetzt eine neue Kolonie zu erobern, so ist es gelungen, weil wir ihnen zweimal Waffen und Munition schickten. Ohne diese Hilfe, für die ich der Marine tief dankbar sein werde, hätten diese armen Leute sich längst ergeben müssen. (Bravo!) Wir streben keinen Militarismus in Afrika an, aber darin muß gleiches Recht für alle gelten. Hinter dem General Smuts steht die britische Regierung und große Massen des Volkes, große Interessen und große Leidenschaften und damit müssen wir rechnen. (Beifall.)

Abg. Bruhn (D. Fr.): Die Vorgänge im Osten werden auch für den Westen Folgen bringen. Die Entente wird einsehen müssen, daß sie Deutschland nicht besiegen kann. Dem Verständigungsfrieden mit der Ukraine folgt jetzt der Frieden mit ganz Rußland. Unsere Gegner haben bisher stets unsere Friedensangebote abgelehnt. Nicht diplomatische Verhandlungen, nur das Schwert kann entscheiden, und das wird zugunsten Deutschlands ausfallen. Wir haben den Rücken jetzt frei. (Beifall.)

Abg. Soale (unabh. Soz.): Nach dem Ultimatum kann Deutschland von einem Verständigungsfrieden nicht mehr sprechen. Wir protestieren gegen diese Politik. Bei dem Streik haben die Arbeiter aus reinstem Idealismus gehandelt. Die Mißstimmung der Arbeiter beruht nicht zuletzt auf der Behandlung der Wahlrechtsfrage. Die Arbeiter wissen, daß sie das gleiche Wahlrecht nicht durch die Gnade der Regierung erhalten, sondern es erkämpfen müssen.

Abg. Erzberger (Str.): Die Reichstagsresolution muß als Ganzes angenommen werden. Man sollte nicht von ihr als von einer niederträchtigen und unglückseligen Friedensresolution sprechen. Den Frieden mit Rußland wollen wir warm begrüßen, denn er liegt im Rahmen der Resolution. (Rufen.) Nicht Deutschland, Rußland allein ist schuld daran, daß alles so gekommen ist. Die rumänische Regierung war ein treulofer Verräter, Sühne muß eintreten. Nach den Vorgängen in Brest-Litowsk habe ich das Vertrauen, daß unsere Unterhändler das deutsche Interesse vollkommen wahren werden. Im Ausland wird die Macht des Herrn v. Seydewitz unterschätzt. Auf die Frage: Wer regiert in Deutschland?, heißt es (Zuruf: Erzberger), nein, der ungekrönte König von Preußen, der Abgeordnete v. Seydewitz. Die verschiedenen Friedensangebote schaden uns nicht. In Frankreich herrscht ein Terror, wie in Petersburg. Daß Wilson mit der Verfaßter Kriegskundgebung nicht einverstanden ist, ist offenkundige Tatsache. Der Kolonialpolitik des Staatssekretärs Dr. Solf stimmen wir zu. Die weiße Eingeborenenpolitik des Freiherrn v. Rechenberg in Ostafrika hat sich durch die Haltung der Kolonie glänzend gerechtfertigt. (Bravo!) Die Rede des Herrn v. Oldenburg war geradezu vaterlandsfeindlich. Ueber meine Person kurzieren Tausende von Verleumdungen und Lügen. Die Rede des Vizkanzlers hat wie ein reinigendes Gewitter gewirkt. Nach wir wollen einen guten Frieden für unser Vaterland, er kann aber nur errungen werden, wenn das Volk mitarbeitet und nicht die Hänlein Alldeutscher und Annexionisten. Ein Sieg der Entente wäre es, wenn die Sozialdemokratie ausgeschlossen wäre. Die preussische Wahlrechtsfrage ist eine deutsche Frage, hoffentlich kommt es bald zu einer friedlichen Lösung. Geben Sie unserem Volke die Freiheit politischer Ueberzeugung und religiöser Förderung, das nützt unserem Volk im Durchhalten. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen im Zentrum und bei der Volkspartei.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Preussischer Landtag.

Sitzung vom 25. Februar.

Am Ministertisch: Friedberg, Spahn.

Das Andenken der in letzter Zeit verstorbenen Mitglieder, darunter Friedrich Hahns, wird in der üblichen Weise geehrt.

Nach Erledigung kleiner Vorlagen folgte die zweite Beratung des Staatshaushalts.

Die Frage der Teuerungszulagen soll beim Etat des Januars besprochen werden. Rente und Etat des Kronschießkommisses werden ohne Erörterung genehmigt, beim Etat der Lotterieverwaltung wünscht Abg. Blankenburg (nl.), daß vorzugsweise kriegsbeschädigte Offiziere zu Lotteriekollektoren bestellt und hierfür eine deutsche Bezeichnung gefunden werde. Dieser Etat und die folgenden kleinen Etats werden debattelos genehmigt. Beim Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten versucht Abg. Seyda (Vole) eine Erklärung seiner Fraktion gegen den Friedensvertrag mit der Ukraine abzugeben, wird aber durch das Haus daran gehindert.

Nach Erledigung weiterer kleiner Etats vertagte sich das Haus auf Mittwoch.

Oesterreich-Ungarn.

W.D. Wien, 27. Febr. Die Blätter melden: Die in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird das Amt für Volksernährung dem Ministerpräsidenten angegliedert werden. Ministerpräsident Dr. v. Seidler sei ja aus seiner früheren Amtstätigkeit als Sektionschef im Ackerbauministerium mit den wichtigsten in Betracht kommenden landwirtschaftlichen Fragen, insbesondere mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen, vertraut.

W.D. Wien, 27. Febr. Der Kaiser empfing gestern den Obmann des tschechischen Verbandes Stanek, den Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses und den tschechisch-sozialdemokratischen Abgeordneten Tuzar, sowie den Obmann des südslawischen Klubs Korosec in besonderen Audienzen. Wie die polnischen Nachrichten melden, gab in der gestrigen Sitzung des Polenklubs der Obmann Goh seine Demission, welche jedoch vom Polenklub nicht angenommen wurde. Den Abendblättern zufolge hat Ministerpräsident von Seidler gestern die Besprechungen mit den tschechischen Abgeordneten Stanek, Tuzar und dem Obmann des Polenklubs sowie dem Deutschen Hundert und dem Südslawen Korosec aufgenommen.

Finnland.

W.D. Waja, 27. Febr. Das Hauptquartier teilt mit, daß der Kampf nördlich Björneborg einen für die weißen Gardisten günstigen Verlauf genommen habe und nennt drei Dörfer, die erobert worden seien. Eine Menge Material sei erbeutet worden. An der Front von Tavastland hätten die Angriffe des Feindes nach fünfzätiger Dauer aufgehört. An der Front von Karelen greift der Feind heftig an. Die Front von Savola sei ruhig.

Schweden.

W.D. Kopenhagen, 28. Febr. National Tidende meldet aus Stockholm: Ein schwedisches Jägerbataillon, bestehend aus schwedischen Freiwilligen unter schwedischer Leitung, ist nach Finnland abgegangen, um dort am Kampfe teilzunehmen, da es aus ausgewählten Leuten besteht, gut geleitet und mit vorzüglichen Waffen ausgerüstet ist.

Jagd-Verpachtung.



Der unterzeichnete Jagdvorsteher wird am **Mittwoch, den 6. März 1918, nachmittags 3 1/2 Uhr** in der Schule zu **Flacht** die Jagd auf den Grundstücken des gemeinschaftlichen Jagdbezirks der Gemeindefeldmark **Flacht**, etwa 440 Morgen Wald und 1336 Morgen Feld, öffentlich meistbietend auf einen 9-jährigen Zeitraum, und zwar vom 24. August 1918 bis 24. August 1927, verpachten.

Die Pachtbedingungen können bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.

Pachtlustige werden hiermit eingeladen.

Flacht, den 26. Februar 1918. [5854]

Der Jagdvorsteher:
Thielmann.

Bekanntmachung.

Die am **Freitag, den 22. Februar 1918** in den Distrikten Pr. Wehau 76 und Speierskopf 16 abgehaltene Holzversteigerung ist genehmigt worden.

Oberlahnsstein, den 28. Februar 1918.

Der Magistrat.